

NICOLA SCHROTH

Spezial-Kollisionsnormen im internationalen Eheschließungsrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

527

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

527

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels, Anne Röhel



Nicola Schroth

Spezial-Kollisionsnormen im internationalen Eheschließungsrecht

Eine vergleichende Untersuchung

Mohr Siebeck

Nicola Schroth (geb. Kleinjohann), geboren 1992; Studium der Rechtswissenschaft in Passau und Genf; 2017 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten in Halle (Saale) und Hamburg; 2023 Promotion in Passau; Rechtsreferendariat in Kassel und Brüssel; 2024 Zweite Juristische Prüfung.

Die Publikation wurde durch die Universität Passau, den Open-Access-Publikationsfonds der Universitätsbibliothek der Universität Passau, die Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, Hamburg, und die Studienstiftung ius vivum finanziell unterstützt.

ISBN 978-3-16-163546-5 / eISBN 978-3-16-163547-2

DOI 10.1628/978-3-16-163547-2

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2024. www.mohrsiebeck.com

© Nicola Schroth.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Keine Bearbeitung 4.0 International“ (CC BY-ND 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung der jeweiligen Urheber unzulässig und strafbar.

Das Buch wurde auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2023 von der Juristischen Fakultät der Universität Passau als Dissertation angenommen. Das Datum der Disputation war der 19.10.2023. Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung konnten bis Januar 2024 berücksichtigt werden. Soweit nicht anders angegeben, wurden die zitierten Webseiten zuletzt am 01.02.2024 abgerufen.

An erster Stelle danke ich meinem geschätzten Doktorvater, Professor Dr. *Dennis Solomon*, LL.M. (Berkeley), Dr. h.c. (Kragujevac). Seine kluge Herangehensweise an juristische Fragestellungen hat mich bereits im Grundstudium beeindruckt. Im Schwerpunktstudium und während meiner Zeit als studentische Hilfskraft an seinem Lehrstuhl hat er meine Begeisterung für das internationale Privatrecht gefördert. Für die kritische, stets scharfsinnige Auseinandersetzung mit den Inhalten meiner Arbeit, wertvolle Hinweise und die stete Unterstützung in allen – organisatorischen wie inhaltlichen – Belangen der Promotion danke ich von Herzen.

Professor Dr. *Markus Würdinger* danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens und ihm und Professor Dr. *Tomas Kuhn* für die freundlichen Anregungen und interessierten Fragen im Prüfungsgespräch.

Ich hatte die große Freude, diese Arbeit an verschiedenen Wirkstätten verfassen zu dürfen. Professor Dr. *Malte Stieper* und Professor Dr. *Peter Mankowski* (†) nahmen mich als externe Doktorandin in ihren Lehrstuhlteams in Halle (Saale) und Hamburg auf, gewährten mir für die Erstellung dieser Arbeit wissenschaftliche Freiheit und unterstützten sie mit wertvollen Ratschlägen. Die Zeit an ihren Lehrstühlen hat mich über die Promotion hinaus fachlich wie persönlich bereichert. Dafür bin ich ihnen zu großem Dank verpflichtet. Mein herzlicher Dank gilt ebenfalls meinen Lehrstuhlkolleg:innen, die der Arbeit an meiner Dissertation ein wunderbares Umfeld gegeben haben.

Die Dissertation wurde darüber hinaus durch ein Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes ermöglicht, für deren finanzielle wie unbezahlbare ideelle Förderung ich mich bedanke. Ich danke ebenfalls dem Verein der Alumni und Freunde des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung für die Förderung meines Forschungsaufenthalts am Institut. Ferner bin ich der Universität Passau, dem Open-Access-Publikationsfonds der Universitätsbibliothek der Universität Passau, der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, Hamburg, und der Studienstiftung *ius vivum* für die Gewährung großzügiger Zuschüsse für die Veröffentlichung dieser Arbeit zu Dank verpflichtet.

Unverzichtbar für den Abschluss der Arbeit war schließlich die Unterstützung meiner Familie und Freund:innen. Mein Vater hat schon früh meine Freude am Schreiben und mein Interesse für die Rechtswissenschaft gefördert. Er und *Lara Fasse* haben sich bereitwillig und aufmerksam des Korrekturlesens angenommen. *Antonia Güthoff* hat mir in verschiedenen Belangen der Promotion mit Rat und Tat zur Seite gestanden. *Rouven Schroth* hat mich gerade in den letzten Zügen der Arbeit unermüdlich unterstützt und liebevoll motiviert. Mein größter Dank aber gilt meinen Eltern. Ihr habt mir immer zugetraut, über mich hinauszuwachsen. Euer Rückhalt hat diese Arbeit erst ermöglicht.

Kassel, im April 2024

Nicola Schroth

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einführung	1
Kapitel 1: Spezial-Kollisionsnormen als Untersuchungsgegenstand	7
<i>A. Zwei Beispiele zur Einführung in die Thematik</i>	8
<i>B. Das Internationale Privatrecht der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen im Überblick</i>	22
<i>C. Dogmatik der Spezial-Kollisionsnormen</i>	37
<i>D. Gang der folgenden Untersuchungen</i>	74
Kapitel 2: Vergleich der Regelverweisungen	77
<i>A. Die distributive Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit der Eheschließenden im deutschen, französischen und italienischen Kollisionsrecht</i>	77
<i>B. Die „Anerkennung“ einer im Ausland geschlossenen Ehe im schweizerischen Kollisionsrecht</i>	126
<i>C. Analyse der in den Regelverweisungen zum Ausdruck kommenden Interessen</i>	140
<i>D. Ergebnis zu Kapitel 2</i>	146
Kapitel 3: Vergleich des <i>ordre public</i>	149
<i>A. Überblick</i>	150
<i>B. Kurze Vorstellung der untersuchten Beispielfälle</i>	154

<i>C. Dogmatik und Anwendung des ordre public</i>	159
<i>D. Der ordre public im Kollisionsrechtssystem</i>	215
<i>E. Ergebnis zu Kapitel 3</i>	222
Kapitel 4: Vergleich der Spezial-Kollisionsnormen	225
<i>A. Spezial-Kollisionsnormen zur Durchsetzung eigener Eheschließungsverbote</i>	228
<i>B. Spezial-Kollisionsnormen zur Abwehr fremder Eheschließungsverbote</i>	321
<i>C. Zusammenschau und Ergebnis zu Kapitel 4</i>	361
Zusammenfassung und Ausblick	367
Entscheidungsverzeichnis	373
Literaturverzeichnis	381
Sachverzeichnis	405

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einführung	1
Kapitel 1: Spezial-Kollisionsnormen als Untersuchungsgegenstand	7
<i>A. Zwei Beispiele zur Einführung in die Thematik</i>	8
I. Darstellung der Sachverhalte und Verfahrensgänge	8
II. Fallkonstellationen	11
III. Interessenlage	14
1. Private Interessen	14
2. Staatliche Interessen	19
IV. Zwischenergebnis	22
<i>B. Das Internationale Privatrecht der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen im Überblick</i>	22
I. Abgrenzung von anderen Untersuchungsgegenständen	23
II. Kaum Vereinheitlichung durch unions- oder völkerrechtliche Instrumente	26
III. Ausgestaltung durch das autonome Kollisionsrecht der hier untersuchten Rechtsordnungen	29
IV. Zunehmend um spezielle Kollisionsnormen ergänzte Regelweisungen	33
<i>C. Dogmatik der Spezial-Kollisionsnormen</i>	37
I. Begriffliche Unschärfen zwischen speziellen Vorbehalten, Exklusiv- und Eingriffsnormen und anderen speziellen Kollisionsnormen	38
II. Einheitliche Erfassung als Spezial-Kollisionsnormen	45
1. Grundzüge des <i>Schurig</i> 'schen Bündelungsmodells	46
2. Die Rolle der Interessen bei der Kollisionsnormbildung	48
3. Folgerungen für Spezial-Kollisionsnormen	52

a)	Kollisionsrechtliche Natur	52
b)	Formelle und materielle Spezialität	57
4.	Zwischenergebnis	61
III.	Unmöglichkeit der Differenzierung anhand in der Literatur vorgeschlagener Kriterien	61
1.	Apriorische und aposteriorische Anwendung	62
2.	Positive und negative Funktion	65
3.	Ansatz am Gesetz und Ansatz am Sachverhalt	67
4.	Durchsetzung staatlicher und individueller Interessen	69
5.	Wertungsoffenheit der Norm	72
6.	Zwischenergebnis	73
IV.	Zwischenergebnis	73
D.	<i>Gang der folgenden Untersuchungen</i>	74
Kapitel 2: Vergleich der Regelverweisungen		77
A.	<i>Die distributive Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit der Eheschließenden im deutschen, französischen und italienischen Kollisionsrecht</i>	77
I.	Überblick	78
II.	Vorüberlegung: Überlagerung der Regelverweisungen durch eine Pflicht zur Anerkennung im Ausland geschlossener Ehen?	82
1.	Anwendung des italienischen Art. 65 Legge 218/1995?	83
2.	Unions- oder menschenrechtliches Anerkennungsgebot?	86
3.	Zwischenergebnis	89
III.	Anknüpfungsgegenstand: die materiellen Voraussetzungen der Eheschließung	89
1.	Überblick	90
2.	Grundsätzliches zur Qualifikation	91
3.	Vom Anknüpfungsgegenstand möglicherweise ausgenommene Partnerschaften	93
4.	Sonderfall der gleichgeschlechtlichen Ehen	98
a)	Im deutschen Kollisionsrecht	99
b)	Im französischen Kollisionsrecht	100
c)	Im italienischen Kollisionsrecht	100
d)	Vergleich und Zwischenergebnis	105
5.	Zwischenergebnis	106
IV.	Anknüpfungsmoment: die Staatsangehörigkeit jeder eheschließenden Person	106
1.	Bestimmung der Staatsangehörigkeit	107
2.	Zeitpunkt der Anknüpfung	110
3.	Distribution der Anknüpfung	113
4.	Zwischenergebnis	117

V.	Fragen des allgemeinen Teils	118
1.	Beachtung von Rück- und Weiterverweisungen	119
2.	Umgang mit Rechtsspaltung	124
3.	Zwischenergebnis	125
VI.	Zwischenergebnis	125
B.	<i>Die „Anerkennung“ einer im Ausland geschlossenen Ehe im schweizerischen Kollisionsrecht</i>	126
I.	Überblick	127
II.	Anknüpfungsgegenstand: die Voraussetzungen einer Eheschließung im Ausland	129
1.	Abgrenzung zwischen Eheschließungen im Inland und im Ausland	129
2.	Der Begriff der Ehe	131
3.	Zwischenergebnis	134
III.	Anknüpfungsmomente: der Eheschließungsort, die Wohnsitze und die Staatsangehörigkeiten der Eheschließenden	134
IV.	Fragen des allgemeinen Teils	138
V.	Zwischenergebnis	139
C.	<i>Analyse der in den Regelverweisungen zum Ausdruck kommenden Interessen</i>	140
I.	Distributive Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit der Eheschließenden	140
II.	Alternative Anknüpfung an verschiedene Momente und weitgehende Wirksamkeit im Ausland geschlossener Ehen	143
III.	Vergleich	145
D.	<i>Ergebnis zu Kapitel 2</i>	146
	Kapitel 3: Vergleich des <i>ordre public</i>	149
A.	Überblick	150
B.	Kurze Vorstellung der untersuchten Beispielfälle	154
C.	<i>Dogmatik und Anwendung des <i>ordre public</i></i>	159
I.	Gegenstand der Prüfung	159
1.	Grundsatz: Ergebnis der Rechtsanwendung	160
2.	Zwischen typisierender Betrachtung und konkreter Interessenabwägung	162
3.	Keine „Cupierung“ der Verweisung bei geschlechtergleichheitswidrigen Normen	165
4.	Prüfung ausländischen Kollisionsrechts	168
5.	Zwischenergebnis	170
II.	Schutz der Grundprinzipien des inländischen Rechts	170

1. Grundsätze	170
2. Ermittlung oder Bildung des geschützten Rechtssatzes in der Rechtsprechungspraxis	179
a) Indizien aus dem einfachen Recht	179
b) Die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte	184
c) Berücksichtigung internationaler Regelungsstandards	185
3. Zwischenergebnis	187
III. Abwägungshilfen	188
1. Räumliche und zeitliche Relativität	188
2. Offensichtlichkeit des Verstoßes	201
3. Vor- und Hauptfragen	205
4. Der äußere Entscheidungseinklang	208
5. Zwischenergebnis	210
IV. Ausschluss des fremden Rechts und „Lückenfüllung“	211
V. Zwischenergebnis	214
<i>D. Der ordre public im Kollisionsrechtssystem</i>	215
I. Kollisionsrechtliche Struktur des <i>ordre public</i>	215
II. Die im <i>ordre public</i> berücksichtigten Interessen	220
<i>E. Ergebnis zu Kapitel 3</i>	222
Kapitel 4: Vergleich der Spezial-Kollisionsnormen	225
<i>A. Spezial-Kollisionsnormen zur Durchsetzung eigener Eheschließungsverbote</i>	228
I. Schutz des freien Ehemillens	228
1. Frankreich: Art. 202-1 Abs. 1 Satz 2 Code civil	229
a) Anknüpfungsgegenstand	230
b) Anknüpfungsmoment	232
c) Verhältnis zum allgemeinen <i>ordre public</i>	232
2. Deutschland: Art. 13 Abs. 3 EGBGB	233
a) Anknüpfungsgegenstand	234
b) Anknüpfungsmoment	238
c) Verhältnis zum allgemeinen <i>ordre public</i>	241
3. Struktureller Vergleich und Interessenanalyse	242
4. Kritische Würdigung	246
a) Rechtstechnische Stimmigkeit	246
b) Praktische Wirksamkeit	247
(1) Zwangsheiraten	247
(2) Scheinehen	249
(3) Frühehen	250
(4) Zwischenergebnis	254
c) Kollisionsrechtliche Angemessenheit	254

d) Gesamtbewertung	257
5. Zwischenergebnis	258
II. Berufung verschiedener Verbote für Eheschließungen im Inland ...	258
1. Italien: Art. 116 Abs. 2 Codice civile	258
a) Anknüpfungsgegenstand	261
b) Anknüpfungsmoment	263
c) Verhältnis zum allgemeinen <i>ordre public</i>	264
2. Schweiz: Art. 44 IPRG	265
a) Anknüpfungsgegenstand	266
b) Anknüpfungsmoment	268
c) Verhältnis zum allgemeinen <i>ordre public</i>	272
3. Struktureller Vergleich und Interessenanalyse	272
4. Kritische Würdigung	276
a) Rechtstechnische Stimmigkeit	276
b) Praktische Wirksamkeit	277
c) Kollisionsrechtliche Angemessenheit	278
d) Gesamtbewertung	279
5. Zwischenergebnis	280
III. Berufung verschiedener Verbote für Eheschließungen im Ausland	280
1. Schweiz: Art. 45 Abs. 2 IPRG	280
a) Anknüpfungsgegenstand	281
b) Anknüpfungsmomente	285
c) Offenbare Umgehungsabsicht	285
d) Verhältnis zum <i>ordre public</i>	286
2. Schweiz: Art. 45a Abs. 1 und Abs. 2 IPRG	287
a) Anknüpfungsgegenstand	288
b) Anknüpfungsmomente	291
c) Verhältnis zum allgemeinen <i>ordre public</i>	291
3. Struktureller Vergleich und Interessenanalyse	291
4. Kritische Würdigung	294
a) Rechtstechnische Stimmigkeit	294
b) Praktische Wirksamkeit	294
c) Kollisionsrechtliche Angemessenheit	297
d) Gesamtbewertung	299
5. Zwischenergebnis	300
IV. Herabstufung gleichgeschlechtlicher Ehen	300
1. Italien: Art. 32- <i>bis</i> i. V. m. Art. 32- <i>ter</i> Abs. 1 Legge 218/1995 ...	300
a) Requalifizierung durch Art. 32- <i>bis</i> Legge 218/1995	302
b) Kollisionsrechtliche Prüfung der materiellen Wirksamkeit nach Art. 32- <i>bis</i> i. V. m. Art. 32- <i>ter</i> Abs. 1 Legge 218/1995	307
2. Schweiz: Art. 45 Abs. 3 IPRG a. F.	309
3. Struktureller Vergleich und Interessenanalyse	311
4. Kritische Würdigung	312

a)	Rechtstechnische Stimmigkeit	313
b)	Praktische Wirksamkeit	313
c)	Kollisionsrechtliche Angemessenheit	316
d)	Gesamtbewertung	318
5.	Zwischenergebnis	318
V.	Zusammenschau	318
B.	<i>Spezial-Kollisionsnormen zur Abwehr fremder Eheschließungsverbote</i>	321
I.	Gleichgeschlechtliche Eheschließung und Eheschließung mit Personen nichtbinären Geschlechts	322
1.	Frankreich: Art. 202-1 Abs. 2 Code civil	322
a)	Zeitliche Anwendbarkeit und Übergangsregel in Art. 21 Eheöffnungsgesetz	323
b)	Anknüpfungsgegenstand	325
c)	Anknüpfungsmomente	326
d)	Verhältnis zum allgemeinen <i>ordre public</i>	330
2.	Deutschland: Art. 17b Abs. 4 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Satz 1 EGBGB	330
a)	Anknüpfungsgegenstand	331
b)	Anknüpfungsmoment	332
c)	Verhältnis zum allgemeinen <i>ordre public</i>	333
3.	Struktureller Vergleich und Interessenanalyse	333
4.	Kritische Würdigung	337
a)	Rechtstechnische Stimmigkeit	338
b)	Praktische Wirksamkeit	338
c)	Kollisionsrechtliche Angemessenheit	339
d)	Gesamtbewertung	342
5.	Zwischenergebnis	343
II.	Eheschließung trotz hinkend aufgelöster Vorehe und anderer Eheschließungsverbote des Heimatrechts	343
1.	Italien: Art. 27 Satz 2 Legge 218/1995	345
2.	Deutschland: Art. 13 Abs. 2 EGBGB	348
a)	Vorüberlegung: Prüfung der Auflösung einer Vorehe <i>lege fori</i> oder <i>lege causae</i> ?	349
b)	Anknüpfungsgegenstand	352
c)	Anknüpfungsmomente	353
d)	Unternehmen der zumutbaren Schritte zur Erfüllung der Voraussetzung	355
e)	Verhältnis zum allgemeinen <i>ordre public</i>	356
3.	Interessenanalyse	357
4.	Kritische Würdigung	359
5.	Zwischenergebnis	360

III. Zusammenschau	360
C. <i>Zusammenschau und Ergebnis zu Kapitel 4</i>	361
Zusammenfassung und Ausblick	367
Entscheidungsverzeichnis	373
Literaturverzeichnis	381
Sachverzeichnis	405

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AB	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung (Schweiz)
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union/der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2008, konsolidierte Fassung vom 7. Juni 2016, ABl. C 202 S. 47, ber. ABl. C 400 S. 1
AG	Amtsgericht (Deutschland)
AJ Fam	L'Actualité juridique: Famille
AJP/PJA	Aktuelle Juristische Praxis/Pratique juridique actuelle
Anm. d. Verf.	Anmerkung der Verfasserin
AppGer	Appellationsgericht (Schweiz)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
Aufl.	Auflage
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BBl.	Bundesblatt (Schweiz)
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründer:in(nen)
ber.	berichtigt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002, BGBI. I S. 42, ber. S. 2909 und 2003 I S. 738 (Deutschland)
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Deutschland; Österreich)
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGer	Bundesgericht (Schweiz)
BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BOMJ	Bulletin officiel du ministère de la Justice (Frankreich)
Botschaft Änderung ZGB	Botschaft über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Personenstand, Eheschliessung, Scheidung, Kindesrecht, Verwandtenunterstützungspflicht, Heimstätten, Vormundschaft und Ehevermittlung) vom 15. November 1995, BBl. 1996, S. 1

Botschaft eingetragene Partnerschaft	Botschaft zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 29. November 2002, BBl. 2003, S. 1288
Botschaft IPRG	Botschaft zum Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPR-Gesetz) vom 10. November 1982, BBl. 1983, S. 263
Botschaft Minderjährigenheiraten	Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) vom 23. August 2023, BBl. 2023, S. 2127
Botschaft Zwangsheiraten	Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten vom 23. Februar 2011, BBl. 2011, S. 2185
BR-Drucks.	Bundsratsdrucksache (Deutschland)
BRJ	Bonner Rechtsjournal
Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000, ABl. L 338 S. 1
Brüssel IIb-VO	Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Neufassung), ABl. L 178 S. 1
BSK	Basler Kommentar
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache (Deutschland)
Bull.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation (Frankreich)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, SR 101
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht (Deutschland)
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVGer	Bundesverwaltungsgericht (Schweiz)
CA	Cour d'appel (Frankreich)/Corte d'appello (Italien)
CDT	Cuadernos de Derecho Transnacional
Ch. civ.	Chambre civile (der Cour de cassation, Frankreich)
Clunet	Journal du droit international
D.	Recueil Dalloz
Dir fam e pers	Il diritto di famiglia e delle persone
Dir int	Diritto internazionale
disp. prel. cod. civ.	disposizioni preliminari al codice civile (auch: disposizioni sulla legge in generale), Regio Decreto 16 marzo 1942, n. 262, Gazzetta Ufficiale, Serie Generale n. 79 del 04.04.1942 (Italien)
Diss.	Dissertation
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Dr fam	Droit de la famille
EAZW	Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen (Schweiz)
ECLI	European Case Law Identifier

EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994, BGBl. I S. 2494, ber. 1997 I S. 1061 (Deutschland)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EheG	Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet vom 6. Juli 1938, RGBl. I S. 807/1938; in Deutschland seit dem 1. Juli 1998 aufgehoben
EJIMEL	Electronic Journal of Islamic and Middle Eastern Law
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950, Konvention Nr. 005 des Europarats
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EU-Grundrechtecharta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 12. Dezember 2007, ABl. C 303 S. 1, ABl. 2007 C 303 S. 1, ABl. 2010 C 83 S. 389, ABl. 2016 C 202 S. 393
EuLF	The European Legal Forum
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13. Dezember 2007, konsolidierte Fassung vom 7. Juni 2016, ABl. C 202 S. 13
EWS f./ff.	Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008, BGBl. I S. 2586, 2587 (Deutschland)
FamPra.ch	Praxis des Familienrechts
FamRB	Familien-Rechtsberater
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fn.	Fußnote(n)
Fort.	Fortführer:in(nen)
Foro it	Il foro italiano
Foro pad	Il foro padano
FPR	Familie Partnerschaft Recht
FS	Festschrift
GenIUS	Rivista di studi giuridici sull'orientamento sessuale e l'identità di genere
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, BGBl. S. 1
GS	Gedächtnisschrift
h. M.	herrschende Meinung
Haager Eheschließungsabkommen 1902	Abkommen zur Regelung des Geltungsbereichs der Gesetze auf dem Gebiete der Eheschließung vom 12. Juni 1902, RGBl. 1904 S. 221, 249
Haager Eheschließungsübereinkommen 1978	Übereinkommen vom 14. März 1978 über die Eheschließung und die Anerkennung der Gültigkeit von Ehen
Habil.	Habilitationsschrift

HK	Handkommentar
Hrsg.	Herausgeber:in(nen)
Hs.	Halbsatz
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
insb.	insbesondere
Int J Law Policy Family	International Journal of Law, Policy and the Family
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG (Österreich)	Bundesgesetz vom 15. Juni 1978 über das internationale Privatrecht (IPR-Gesetz), BGBl. Nr. 304/1978 (Österreich)
IPRG (Schweiz)	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG) vom 18. Dezember 1987, AS 1988, S. 1776 (Schweiz)
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
ItaLJ	Italian Law Journal
JCP G	Juris-Classeur périodique (La Semaine Juridique) – Édition générale
JCP N	Juris-Classeur périodique (La Semaine Juridique) – Notariale et immobilière
JICL	Journal of International and Comparative Law
JORF	Journal officiel de la République française (Frankreich)
JPIL	Journal of Private International Law
jurisPK	Juris Praxiskommentar
JZ	JuristenZeitung
KG	Kammergericht (Deutschland)
KJ	Kritische Justiz
Legge 218/1995	Legge 31 maggio 1995, n. 218, Riforma del sistema italiano di diritto internazionale privato, Gazzetta Ufficiale, supplemento n. 68 al n. 128 del 3 giugno 1995, S. 5 (Italien)
LG	Landgericht (Deutschland)
lit.	littera(e)
LPartG	Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft vom 16. Februar 2001, BGBl. I S. 266 (Deutschland)
m. (krit.) Anm.	mit (kritischer) Anmerkung
m. w. N.	mit weiterem/n Nachweis/en
m. W. v.	mit Wirkung vom
MüKo	Münchener Kommentar
n.	numero/i
n. F.	neue Fassung
n. v.	nicht veröffentlicht
n°	numéro(s)
Neubearb.	Neubearbeitung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NR	Nationalrat (Schweiz)

Nr.	Nummer(n)
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
OLG	Oberlandesgericht (Deutschland)
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
Ord int dir um	Ordine internazionale e diritti umani
PartG	Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG) vom 18. Juni 2004, AS 2005, S. 5685 (Schweiz)
PSStG	Personenstandsgesetz vom 19. Februar 2007, BGBl. I S. 122 (Deutschland)
Quad europ	I quaderni europei
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rass dir civ	Rassegna di diritto civile
REDI	Revista española de derecho internacional
RegGer	Regionalgericht (Schweiz)
Rev crit DIP	Revue critique de droit international privé
Rev trim dr civ	Revue trimestrielle de droit civil
RGBL	Reichsgesetzblatt
RIDC	Revue internationale de droit comparé
Riv dir int	Rivista di diritto internazionale
Riv dir int priv proc	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RJPF	Revue juridique personnes et famille
Rn.	Randnummer(n)
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl. L 177 S. 6, ber. L 309 S. 87
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“), ABl. L 199 S. 40, ber. L 310 S. 52
Rom III-VO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts, ABl. L 343 S. 10
Rs.	Rechtssache
RW	Rechtswissenschaft
S.	Seite(n)
SchlIT ZGB	Schlusstitel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 in der Fassung gemäß Ziff. I 4 des Bundesgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 01. Januar 2000, AS 1999, S. 1118 (Schweiz)
Sec.	Section(s)
SR	Systematische Rechtssammlung (Schweiz)
StAZ	Das Standesamt
Stb.	Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden (Niederlande)
StGB (Deutschland)	Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998, BGBl. I S. 3322 (Deutschland)
StGB (Schweiz)	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937, AS 54, S. 757 (Schweiz)

StR	Ständerat (Schweiz)
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für Internationales und Europäisches Recht
TGI	Tribunal de grande instance (Frankreich)
Trib.	Tribunale (Italien)
Trib. Min.	Tribunale per i Minorenni (Italien)
Tul L Rev	Tulane Law Review
U Pa L Rev	University of Pennsylvania Law Review
u. a.	und andere
u. d. T.	unter dem Titel
U. S.	United States Reports
UN	United Nations/Vereinte Nationen
UNTS	United Nations Treaty Series
US Supreme Court	Supreme Court of the United States
v.	vom
VG	Verwaltungsgericht (Deutschland)
VGer	Verwaltungsgericht (Schweiz)
vgl.	vergleiche
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
YPIL	Yearbook of Private International Law
Z.	Ziffer(n)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, AS 24, S. 233 (Schweiz)
ZK	Zürcher Kommentar
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZStV	Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004, AS 2004, S. 2915 (Schweiz)
zugl.	zugleich
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einführung

Zahlreiche Eheschließungen in Europa weisen Bezüge zu mehreren Staaten auf, was auch auf den Migrationsbewegungen nach und in Europa beruht.¹ Beispielsweise gingen in Deutschland im Jahr 2022 rund 43.000 mal eine Person deutscher und eine Person ausländischer Staatsangehörigkeit die Ehe ein.² Das entsprach etwa 11,1% der geschlossenen Ehen.³ In Frankreich wurden 2021 über 30.000 Ehen zwischen einer französischen und einer ausländischen Person sowie mehr als 9.500 Ehen zwischen zwei ausländischen Staatsangehörigen eingegangen; das waren rund 19,3% der geschlossenen Ehen.⁴ In der Schweiz werden sogar etwa seit der Jahrtausendwende jedes Jahr ungefähr ebenso viele Ehen zwischen zwei Schweizer:innen wie unter Beteiligung mindestens einer ausländischen Person geschlossen.⁵

Sowohl bei der Eheschließung von ausländischen Staatsangehörigen im Inland als auch bei der Beurteilung einer im Ausland eingegangenen Ehe kann die Prüfung der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen komplexe Rechtsfragen aufwerfen. Können Personen gleichen Geschlechts eine Ehe eingehen, obwohl ihre Heimatstaaten dies verbieten? Wie ist mit einer im Ausland mit einer jungen Person geschlossenen Ehe umzugehen, wenn das inländische Recht Ehen Minderjähriger untersagt? Kann eine Person Ehen zu mehreren Partner:innen gleichzeitig führen, wenn der Staat, aus dem sie kommt, dies erlaubt? Haben die

¹ Anfang des Jahres 2022 lebten 23,8 Millionen Personen nicht-europäischer Staatsangehörigkeit in der Europäischen Union (EU) und 13,7 Millionen EU-Staatsangehörige in einem anderen EU-Staat; vgl. Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union, abrufbar unter <https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Migration_and_migrant_population_statistics#Migrant_population:_23.8_million_non-EU_citizens_living_in_the_EU_on_1_January_2022>.

² Vgl. Daten des Statistischen Bundesamtes, abrufbar unter <<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Eheschliessungen-Ehescheidungen-Lebenspartnerschaften/Tabellen/eheschliessungen-deutsch-auslaender.html>>.

³ Vgl. ebd. sowie <<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Eheschliessungen-Ehescheidungen-Lebenspartnerschaften/Tabellen/eheschliessungen-paarkonstellation.html>>.

⁴ Vgl. Daten des *Institut national d'études démographiques*, abrufbar unter <<https://www.ined.fr/fr/tout-savoir-population/chiffres/france/mariages-divorces-pacs/mariages-mixtes/>>.

⁵ Vgl. Daten des Bundesamts für Statistik, abrufbar unter <<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/heiraten-eingetragene-partnerschaften-scheidungen/heiraten.html>>.

jeweiligen Partnerschaften die unterhalts-, erb-, güter-, sozial- und steuerrechtlichen Folgen einer Ehe?

Das Internationale Privatrecht⁶ in vielen europäischen Staaten – so auch in Deutschland, Frankreich und Italien – beruft für die materiellen Voraussetzungen der Eheschließung das Recht der Staatsangehörigkeit jeder eheschließenden Person zur Anwendung.⁷ Das schweizerische Recht verweist für die Prüfung der Wirksamkeit einer im Ausland geschlossenen Ehe alternativ auf verschiedene Rechte.⁸ Diese Regelverweisungen begünstigen die Anwendung ausländischen Rechts und wagen damit einen „Sprung ins Dunkle“.⁹ Führt das ausländische Recht zu einem aus innerstaatlicher Sicht untragbaren Ergebnis, kann es jedoch unter Einsatz des *ordre public* korrigiert werden.¹⁰ Für die materiellen Eheschließungsvoraussetzungen bestehen in einigen europäischen Rechtsordnungen außerdem spezielle Kollisionsnormen, die die Regelverweisungen punktuell korrigieren oder ergänzen. Sie dienen dazu, inländische Vorstellungen der Ehe und ihrer Voraussetzungen auch im grenzüberschreitenden Kontext durchzusetzen.

Beispielsweise enthält das deutsche Recht mit Art. 13 Abs. 3 EGBGB seit 2017¹¹ eine Kollisionsnorm zur Bekämpfung sogenannter Kinder- oder besser Frühehen.¹² Der französische Gesetzgeber hat 2013 mit Art. 202-1 Abs. 2 Code civil eine Kollisionsnorm für gleichgeschlechtliche Eheschließungen geschaffen, die diese im Verhältnis zur Regelverweisung erleichtert.¹³ Eine Reform in Italien schuf 2017 spezielle international-privatrechtliche Normen für gleichgeschlechtliche Partnerschaften.¹⁴ Art. 32-*bis* Legge 218/1995 trägt seitdem der Entscheidung des italienischen Gesetzgebers Rechnung, gleichgeschlechtlichen Partner:innen zwar die Formalisierung ihrer Partnerschaft in der *unione civile*, nicht jedoch den Zugang zur Ehe zu ermöglichen, indem im Ausland von italienischen Staatsangehörigen mit einer Person gleichen Geschlechts geschlossenen Ehen die

⁶ Die Begriffe Kollisionsrecht und Internationales Privatrecht werden in dieser Untersuchung synonym verwendet.

⁷ Siehe Art. 13 Abs. 1 EGBGB (Deutschland); Art. 202-1 Abs. 1 Satz 1 Code civil (Frankreich); Art. 27 Satz 1 Legge 218/1995 (Italien) und hierzu im Einzelnen Kapitel 2 A., S. 77 ff.

⁸ Siehe Art. 45 Abs. 1 IPRG (Schweiz) und hierzu im Einzelnen Kapitel 2 B., S. 126 ff.

⁹ Raape/Sturm, Internationales Privatrecht I, 6. Aufl., 1977, 199.

¹⁰ Vgl. etwa Art. 6 EGBGB (Deutschland); Art. 16 Legge 218/1995 (Italien); Art. 17 IPRG (Schweiz) sowie zur Anwendung und Dogmatik des *ordre public* im Einzelnen Kapitel 3, S. 149 ff.

¹¹ Eingefügt durch Art. 2 des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen vom 21. Juli 2017, BGBl. I S. 2429; zu Art. 13 Abs. 3 EGBGB im Einzelnen Kapitel 4 A. I. 2., S. 233 ff.

¹² Siehe zum Begriff noch Kapitel 4 Fn. 15.

¹³ Loi n° 2013-404 du 17 mai 2013 ouvrant le mariage aux couples de personnes de même sexe, JORF n°0114 du 18 mai 2013, S. 8253, texte n° 3; zu Art. 202-1 Abs. 2 Code civil im Einzelnen Kapitel 4 B. I. 1., S. 229 ff.

¹⁴ Decreto Legislativo 19 gennaio 2017, n. 7, Modifiche e riordino delle norme di diritto internazionale privato per la regolamentazione delle unioni civili, ai sensi dell'articolo 1, comma 28, lettera b), della legge 20 maggio 2016, n. 76 (17G00012), Gazzetta Ufficiale, Serie Generale n. 22 del 27 gennaio 2017, S. 15.

Wirkungen der durch das italienische Gesetz geregelten *unione civile* zukommen.¹⁵ Der in der Schweiz im Jahr 2013 neu gefasste Art. 45a IPRG¹⁶ ermöglicht eine Eheungültigkeitsklage, die wegen einer recht weit gefassten internationalen Zuständigkeit und der einseitigen Berufung des schweizerischen Rechts die Durchsetzung der schweizerischen Eheungültigkeitsgründe im internationalen Verhältnis erlaubt.¹⁷ Weitere Beispiele solcher speziellen Kollisionsnormen für das materielle Eheschließungsrecht finden sich in diesen wie weiteren europäischen Rechtsordnungen.¹⁸ Jüngere Reformen legen nahe, dass ihr Vorkommen steigen wird.¹⁹

Die Einordnung dieser Normen in die Kollisionsrechtsdogmatik ist im Einzelnen häufig umstritten.²⁰ Die Diskussion kreist um verschiedene vermeintliche kollisionsrechtliche Sonderkategorien wie Eingriffsnormen, spezielle Vorbehalte des *ordre public*, Exklusivnormen, spezielle Anerkennungsnormen oder „*règles matérielles*“.²¹ Insbesondere die letzten beiden Jahrzehnte haben – auch vor dem Hintergrund der zunehmenden europäischen Kollisionsrechtsvereinheitlichung – einige monografische Arbeiten zu Eingriffsnormen und zu Exklusivnormen hervorgebracht.²² Manche der vermeintlichen Sonderkategorien sind jedoch nie grundlegend untersucht worden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich außerdem, dass ihre Abgrenzung voneinander alles andere als klaren Linien folgt.²³

Neben Schwierigkeiten in der dogmatischen Einordnung führen diese Normen zu Friktionen mit dem Narrativ eines wertneutralen Kollisionsrechts.²⁴ Als materiell-rechtlich und mitunter politisch aufgeladene Kollisionsnormen sehen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, mit den klassischen Methoden des Internationalen Privatrechts unvereinbar zu sein.²⁵ Während sich die Vorstellung eines neutralen und unpolitischen Kollisionsrechts bei näherer Betrachtung als Le-

¹⁵ Hierzu im Einzelnen Kapitel 2 A. III. 4. c), S. 100 ff., und Kapitel 4 A. IV. 1., S. 300 ff.

¹⁶ Bundesgesetz vom 15. Juni 2012 über Massnahmen gegen Zwangsheiraten, in Kraft seit 1. Juli 2013, AS 2013, S. 1035 und hierzu Botschaft Zwangsheiraten, BBl. 2011, S. 2185.

¹⁷ Hierzu im Einzelnen Kapitel 4 A. III. 2., S. 287 ff.

¹⁸ Siehe hierzu im Einzelnen Kapitel 1 B. III., IV., S. 29 ff., 33 ff., und Kapitel 4, S. 225 ff.

¹⁹ Näher Kapitel 1 B. III., IV., S. 29 ff., 33 ff.

²⁰ Näher Kapitel 1 C. I., S. 38 ff.

²¹ Näher Kapitel 1 C. I., S. 38 ff.

²² Etwa Hauser, Eingriffsnormen in der Rom I-Verordnung, 2012; Hemler, Die Methodik der „Eingriffsnorm“, 2019; Köhler, Eingriffsnormen, 2013; Kuckein, Die „Berücksichtigung“ von Eingriffsnormen, 2008; Nojack, Exklusivnormen im IPR, 2005; siehe zu den speziellen Vorbehalten des deutschen internationalen Eheschließungsrechts außerdem Siegert, Der ordre public im Internationalen Eheschließungsrecht, 2022.

²³ Näher Kapitel 1 C. I., III., S. 38 ff., 61 ff.

²⁴ Eingehend und m. w. N. zu diesem Narrativ etwa Gebauer, in: Politisches Kollisionsrecht, 35 (44 ff.).

²⁵ Vgl. allgemein zu einer Materialisierung und Politisierung des Kollisionsrechts, die in Kontrast zum klassischen Internationalen Privatrecht stehe, Weller, RabelsZ 81 (2017), 747 (767 f.); Weller, in: Rückblick nach 100 Jahren und Ausblick, 247 (264); Weller/Göbel, in: Politisches Kollisionsrecht, 75 (81 ff.).

gende entpuppt,²⁶ weichen die speziellen Kollisionsnormen vom üblichen Weg der Regelverweisung und der flexiblen Korrektur über den einzelfallbezogen eingesetzten *ordre public* mitunter doch erheblich ab. Dies wirft die Frage auf, inwieweit sich die gezielte Durchsetzung materiell-rechtlicher Interessen mittels spezieller Kollisionsnormen aus international-privatrechtlicher Perspektive normativ wie rechtstechnisch bewährt.

Der Regelungsbereich der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen bildet damit einen Kristallisationspunkt grundsätzlicher dogmatischer Fragen des Internationalen Privatrechts, die bislang wenig beachtet wurden. Dieser Eindruck lässt sich mit *Jürgen Basedows* Karikatur eines „Gebäudes des Internationalen Privatrechts“, mit der er schon vor über 25 Jahren die Diskussionskultur im Kollisionsrecht beschrieb, verbildlichen:

„Dieses Gebäude ist eine herrschaftliche Villa des fin de siècle; in ihrem Salon plaudert man angeregt über Vorfrage, Renvoi und Qualifikation und bedient sich gern lateinischer Floskeln. Zum Salon zugelassen werden nur Kollisionsnormen, deren unbefleckt allseitiges Gewand vom Butler des Hauses, regelmäßig einem Lehrbuchautor des IPR, beim Betreten der Halle mit Wohlgefallen begutachtet worden ist. Andere, einseitige und sonst ungewöhnliche Kollisionsnormen, die Einlaß in den Salon begehren, werden vom Butler mißbilligend in kleinere Nebenräume geführt und dort sich selbst überlassen, man möchte eine Störung der kultivierten Runde vermeiden. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat es mit sich gebracht, daß sich die Besucher in den Nebenräumen drängen, während man im Salon weiterhin den aufgeräumten Ton einer zivilisierten Konversation pflegt, der nur gelegentlich unterbrochen wird von abfälligen Bemerkungen über die schlechten Manieren der Gäste nebenan.“²⁷

Was *Basedow* für das Internationale Privatrecht im Allgemeinen beobachtet, trifft auch aus heutiger Perspektive auf das Internationale Privatrecht der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen zu: Die Anzahl ungewöhnlicher Kollisionsnormen, die nicht dem „traditionellen Leitbild der allseitigen Verweisungsnorm“²⁸ entsprechen, hat für diesen Regelungsbereich steigende Tendenz. An einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit ihnen – abgesehen von einzelnen „abfälligen Bemerkungen“ über ihre „schlechten Manieren“ – fehlt es jedoch. *Basedow* verbindet seine Beobachtung mit der Anregung, Kollisionsnormen stärker in ihrem sachrechtlichen Kontext zu verstehen und weniger bei formalen Kriterien einer Kollisionsnorm anzusetzen.²⁹ Darüber hinaus mag das Bild des Gebäudes des Internationalen Privatrechts dazu anregen, die Dogmatik der „ungewöhnlichen“, speziellen Kollisionsnormen im Grundsatz zu untersuchen.

²⁶ So *Schurig*, in: Internationales Privatrecht im 20. Jahrhundert, 5 (8); siehe zum „schiefen Bild“ der Wertneutralität des klassischen Internationalen Privatrechts auch *Gebauer*, in: Politisches Kollisionsrecht, 35; siehe hierzu außerdem noch Kapitel 1 C. II. 2., S. 50 ff. und Kapitel 4 (Einleitung), S. 225.

²⁷ *Basedow*, in: Internationales Verbraucherschutzrecht, 11 (12).

²⁸ *Basedow*, in: Internationales Verbraucherschutzrecht, 11 (12).

²⁹ *Basedow*, in: Internationales Verbraucherschutzrecht, 11 (12).

Die vorliegende Untersuchung widmet sich der Dogmatik spezieller Kollisionsnormen im Spannungsfeld kollisions- und materiell-rechtlicher Interessen am Beispiel des Internationalen Privatrechts der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen. Dabei greift sie die deutschen, französischen, italienischen und schweizerischen Kollisionsnormen als Vergleichsgegenstände heraus. Sie divergieren in den Regelverweisungen für materielle Eheschließungsvoraussetzungen, sodass ein funktioneller Vergleich die Auswertung spezieller Kollisionsnormen in verschiedenen Regelungskontexten ermöglicht.

Das erste Kapitel dient mit einem Überblick über die Regelungen des Internationalen Privatrechts der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen in den hier untersuchten Rechtsordnungen einer Annäherung an die Thematik. Mit einer begrifflichen und systematischen Einordnung der in diesem Bereich häufig vorkommenden speziellen Kollisionsnormen als Spezial-Kollisionsnormen gibt es den folgenden Untersuchungen einen dogmatischen Rahmen. Sodann analysiert das zweite Kapitel die Regelverweisungen der hier untersuchten Rechtsordnungen für den Bereich der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen. Das folgende dritte Kapitel der Untersuchung nimmt die Dogmatik und Anwendung des *ordre public* in den untersuchten Rechtsordnungen vergleichend in den Blick, wobei ein besonderes Augenmerk auf seiner Einordnung in das System des Kollisionsrechts liegt. Das vierte Kapitel schließlich widmet sich den Spezial-Kollisionsnormen im Bereich der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen, die es sowohl im Einzelnen als auch vergleichend untersucht. Dabei werden die verschiedenen Regelungstechniken und ihre Vor- und Nachteile im Kontext des übrigen Kollisionsrechts überprüft, bevor eine Zusammenfassung nebst Ausblick auf etwaige Reformen des Internationalen Privatrechts der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen die Untersuchung abschließt.

Kapitel I

Spezial-Kollisionsnormen als Untersuchungsgegenstand

Welche materiellen Eheschließungsvoraussetzungen in grenzüberschreitenden Sachverhalten – auch entgegen dem durch die Regelverweisung berufenen Recht – anzuwenden sind, ist eine Frage, die Gerichte verschiedener Jurisdiktionen in zum Teil Aufsehen erregenden Entscheidungen beschäftigt hat. Zwei von ihnen bieten als Beispiele den Einstieg in die vorliegende Untersuchung (A.). Sie dienen einer Annäherung an die verschiedenen Fallkonstellationen und geben einen Überblick über die Interessen, die Entscheidungen über die grenzüberschreitende Durchsetzung materieller Eheschließungsvoraussetzungen typischerweise zugrunde liegen.

Einer darauffolgenden Eingrenzung des Untersuchungsbereichs der vorliegenden Arbeit, des Internationalen Privatrechts der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen, schließt sich ein Überblick über die Ausgestaltung durch das autonome Kollisionsrecht der hier untersuchten Rechtsordnungen an (B.). Dabei zeigt sich ein gehäuftes und in der Tendenz steigendes Vorkommen von speziellen Kollisionsnormen, die auf die Durchsetzung oder Abwehr bestimmter materieller Eheschließungsvoraussetzungen abzielen und die sich zum Teil diametral entgegenstehen. Diese Normen sind mit Blick auf das übrige Kollisionsrecht eher untypisch und auch vor dem Hintergrund einer zumindest partiellen Liberalisierung und Angleichung des sachlichen Eheschließungsrechts und eines in den Regelverweisungen weitgehend einheitlichen Kollisionsrechts bemerkenswert.

Die speziellen Kollisionsnormen werden daher als Untersuchungsgegenstand genauer in den Blick genommen (C.). Für diese Normen kursieren verschiedene Bezeichnungen, die vermeintlich unterscheidbare Charakteristika kennzeichnen oder hervorheben. Bei näherer Betrachtung dieser Normtypen vor dem Hintergrund des *Schurig*'schen Bündelungsmodells¹ erweisen sich die Kategorien und ihre vermeintlichen Unterscheidungskriterien jedoch als kaum trennscharf. Vielmehr ergeben sich trotz der Unterschiede zentrale strukturelle Gemeinsamkeiten dieser Normen, die es ermöglichen, sie für die Zwecke dieser Untersuchung gemeinsam als Spezial-Kollisionsnormen² zu erfassen. Aus den Eigenschaften der

¹ Grundlegend *Schurig*, Kollisionsnorm und Sachrecht, 1981, 89 ff., Zusammenfassung 106 ff.; näher hierzu Kapitel I C. II. 1., S. 46 ff.

² In Anlehnung an *Hemler*, Die Methodik der „Eingriffsnorm“, 2019, 201 ff., der damit

Spezial-Kollisionsnormen, die im Zentrum des vorliegenden Vergleichs stehen, ergibt sich schließlich der Gang der folgenden Untersuchungen (D.).

A. Zwei Beispiele zur Einführung in die Thematik

Zwei Beispiele aus der Rechtsprechung Deutschlands und Frankreichs zur grenzüberschreitenden Durchsetzung materieller Eheschließungsvoraussetzungen werden im Folgenden herausgegriffen und im Überblick geschildert (I.). Sie zeigen typische Fallgestaltungen auf, in denen die Regelungen des Internationalen Privatrechts der materiellen Eheschließungsvoraussetzungen relevant werden (II.), und deuten zugleich das Spannungsfeld an Interessen an, in dem diese Regeln angelegt sind (III.).

I. Darstellung der Sachverhalte und Verfahrensgänge

Den folgenden Fall aus Frankreich, der große mediale Aufmerksamkeit erhielt,³ entschied Anfang 2015 das höchste französische Gericht, die *Cour de cassation*, letztinstanzlich:⁴ Ein Franzose und ein Marokkaner, beide männlichen Geschlechts, wollten in Frankreich heiraten.⁵ Zwei Tage vor dem festgesetzten Termin jedoch wurde ihnen im September 2013 durch den Einspruch der zuständigen Staatsanwaltschaft⁶ wegen ihrer Gleichgeschlechtlichkeit die Heirat versagt. In Frankreich war die gleichgeschlechtliche Eheschließung zwar kurz vorher erlaubt worden, die französische Staatsanwaltschaft ging allerdings davon aus, dass wegen der marokkanischen Staatsangehörigkeit eines der Eheinteressenten

eine Kollisionsnorm, die nach dem allgemeinen Spezialitätsprinzip der Regelverweisung vorgeht, beschreibt, siehe hierzu auch dort S. 162 ff. und *Hemler*, in: Erman BGB, 17. Aufl.: Art. 6 EGBGB Rn. 7.

Hemler selbst greift die Terminologie verschiedentlich auf, siehe etwa *Hemler*, in: Erman BGB, 17. Aufl.: Art. 6 EGBGB Rn. 13, 30; *Hemler*, in: BeckOGK: Art. 26 Rom II-VO (Stand: 01.12.2023) Rn. 29 ff.; 57.1; beziehungsweise „Spezial-Rechtsanwendungsnorm“ bei *Hemler*, in: BeckOGK: Art. 21 Rom I-VO (Stand: 01.12.2023) Rn. 11.

Siehe zu den Spezial-Kollisionsnormen im Sinne der vorliegenden Untersuchung Kapitel 1 C., insb. II., S. 45 ff.

³ So auch die Einschätzungen bei *Binet*, Dr fam 2013, 39 (39); *Gannagé*, JCP G 2015, 525 (525).

⁴ *Cour de cassation*, Ch. civ. 1^{re}, 28.01.2015 – n° 13-50.059, *Clunet* 2015, 597 m. Anm. *Guillaumèl/Godechot-Patris*; *Mathieu*; *Vignal* = *Rev crit DIP* 2015, 400 m. Anm. *Boden*; *Bolléel/Haftel*; *Hamnje*; *de Vareilles-Sommères* = *D.* 2015, 465 m. Anm. *Fulchiron* = *JCP G* 2015, 525 m. Anm. *Gannagé*.

⁵ Siehe zum Sachverhalt TGI Chambéry 11.10.2013 – n° 13/01631 (n. v.) und etwa *Binet*, Dr fam 2013, 39 (39).

⁶ Nach Art. 175-1 Code civil kann die Staatsanwaltschaft bei Vorliegen von Gründen, aufgrund derer sie die Aufhebung der zu schließenden Ehe beantragen könnte (vgl. Art. 184, 191 Code civil), Einspruch gegen eine Eheschließung einlegen.

die Ehe nichtig würde. Das Paar ging gegen den Einspruch zunächst vor dem *Tribunal de Grande Instance de Chambéry* vor, das ihn aufhob.⁷ Die zweite Instanz, die *Cour d'appel de Chambéry*, folgte dieser Auffassung,⁸ woraufhin das Paar heiratete.⁹ Die Revisionsinstanz, die *Cour de cassation*, entschied ebenfalls zugunsten des Paares.¹⁰

Kern des Rechtsstreits war das Verhältnis zwischen dem erst 2013¹¹ eingeführten Art. 202-1 Abs. 2 Code civil¹² und den Bestimmungen des Franko-Marokkanischen Abkommens vom 10. August 1981.¹³ Letztere führten für den marokkanischen Partner zur Anwendung des Rechts seiner Staatsangehörigkeit,¹⁴ mithin des marokkanischen materiellen Eheschließungsrechts, das die gleichgeschlechtliche Eheschließung verbietet. Dagegen billigte ersterer die Eheschließung, indem er auch für den marokkanischen Partner das französische, die gleichgeschlechtliche Ehe billigende Sachrecht als Recht seines Wohnsitzes zur Anwendung berief. Die *Cour de cassation* entschied, dass die marokkanische Eheschließungsvoraussetzung der Verschiedengeschlechtlichkeit wegen der *ordre public*-Klausel in Art. 4 des Abkommens nicht zur Anwendung gelange. Vielmehr seien die Grundsätze des Art. 202-1 Abs. 2 Code civil maßgeblich, nach denen das Paar heiraten durfte.

Nicht minder mediale Aufmerksamkeit¹⁵ erregte in Deutschland ein im Mai 2016 vom Oberlandesgericht Bamberg entschiedener Fall.¹⁶ Im ihm zugrundeliegenden Sachverhalt¹⁷ heirateten ein Syrer und eine Syrerin im Februar 2015 in

⁷ TGI Chambéry 11.10.2013 – n° 13/01631 (n. v.).

⁸ CA Chambéry 22.10.2013 – n° 13/02258, D. 2013, 2464 = AJ Fam 2013, 720 m. Anm. Boiché = Dr fam 2013, 39 m. Anm. Binet.

⁹ Mangels Suspensiveffekts der Revision zur *Cour de cassation* war die Eheschließung möglich; die erfolgreiche Revision hätte die Annullierung der Ehe zur Folge gehabt; vgl. Binet, Dr fam 2013, 39 (41).

¹⁰ Die *Cour de cassation* korrigierte die Vorinstanz zwar in dem handwerklichen Fehler, dass die *Cour d'appel* von der Nichtanwendung des Franko-Marokkanischen Abkommens sprach, die Nichtanwendung des marokkanischen Verbots aber auf Art. 4 des Abkommens zu stützen sei; sie wies die Revision im Ergebnis aber ab.

¹¹ Loi n° 2013-404 du 17 mai 2013 ouvrant le mariage aux couples de personnes de même sexe, JORF n°0114 du 18 mai 2013, S. 8253, texte n° 3.

¹² Hierzu im Einzelnen Kapitel 4 B. I. 1., S. 322 ff.

¹³ Convention entre la République Française et le Royaume du Maroc relative au statut des personnes et de la famille et à la coopération judiciaire du 10 août 1981, Décret n° 83-435 du 27.05.1983, JORF n° 0125 du 1 juin 1983, S. 1643.

¹⁴ Art. 5 Convention entre la République Française et le Royaume du Maroc relative au statut des personnes et de la famille et à la coopération judiciaire du 10 août 1981.

¹⁵ Vgl. Ring, Forum Familienrecht 2019, 75 (79), der von „hohe[n] Wellen“ im journalistischen Feuilleton und einer „hitzen Diskussion“ spricht.

¹⁶ OLG Bamberg 12.05.2016 – 2 UF 58/16, FamRZ 2016, 1270; besprochen unter anderem von Coester, StAZ 2016, 257; Majer, NZFam 2016, 1019; Mankowski, FamRZ 2016, 1274; nachgehend BGH 14.11.2018 – XII ZB 292/16, FamRZ 2019, 181; hierzu noch Kapitel 3, insb. B., S. 156 f.

¹⁷ Siehe hierzu OLG Bamberg FamRZ 2016, 1270, 1271; BGH FamRZ 2019, 181.

Syrien. Zu dem Zeitpunkt war der Ehemann 21, die Ehefrau 14 Jahre alt. Wegen der Kriegereignisse in Syrien flüchtete das Paar über die Balkanroute nach Deutschland, wo es im August 2015 ankam. Dort wurde die Ehefrau vom Jugendamt in Obhut genommen, von ihrem Mann getrennt und in eine Jugendhilfeeinrichtung gebracht. Das Amtsgericht Aschaffenburg bestellte das Stadtjugendamt Aschaffenburg zu ihrem Vormund. Vor selbigem Amtsgericht bemühte sich der Ehemann daraufhin um eine Regelung des Umgangsrechts mit seiner Frau und das Amtsgericht gewährte dem Paar an den Wochenenden unbegleiteten Umgang.¹⁸ Dagegen erhob das Jugendamt Beschwerde vor dem Oberlandesgericht Bamberg, da es als Vormund über den Aufenthalt der Frau bestimmen könne.

Für die Beurteilung der Umgangsregelung kam es entscheidend auf die Wirksamkeit der Ehe an, da das Aufenthaltsbestimmungsrecht hinsichtlich der Frau nach den maßgeblichen¹⁹ §§ 1800, 1633 a. F. BGB dem Vormund, also dem Jugendamt, nicht zusteht, wenn sie verheiratet ist.²⁰ Das Oberlandesgericht Bamberg hielt die materiellen Voraussetzungen für die wirksame Ehe nach dem hier maßgeblichen syrischen Recht für erfüllt.²¹ Ob von diesem Ergebnis wegen eines Verstoßes gegen den *ordre public* abzuweichen war, ließ das Oberlandesgericht mit der Begründung offen, dass selbst in diesem Fall nach dem syrischen Recht lediglich eine aufhebbare und damit wirksame Ehe vorläge.²² Die Umgangsregelung hob das Oberlandesgericht daher vollständig auf.

Der Wiederhall der Entscheidung, die eine mit einer 14-Jährigen geschlossene Ehe für wirksam hielt, führte zur Schaffung des neuen Art. 13 Abs. 3 EGBGB im Rahmen des „Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen“,²³ vor dessen Hinter-

¹⁸ AG Aschaffenburg 07.03.2016 – 7 F 2013/15 (n. v.); vgl. OLG Bamberg FamRZ 2016, 1270, 1271.

¹⁹ Näher zur international-privatrechtlichen Anwendbarkeit siehe OLG Bamberg FamRZ 2016, 1270, 1272; vgl. auch BGH FamRZ 2019, 181, 183, Rn. 31 f.

²⁰ Der § 1633 BGB a. F. wurde durch das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen mit Wirkung zum 22. Juli 2017 aufgehoben. Der Bundesgerichtshof ging in seiner Vorlageentscheidung jedoch davon aus, dass diese Aufhebung nicht entscheidungserheblich sei und es auch nach der neuen Rechtslage auf die Wirksamkeit der Eheschließung ankomme: Da die Lebensgemeinschaft der Eheleute nach § 1353 Abs. 1 Satz 2 BGB zum Kern der Ehe gehöre, stelle es eine widerrechtliche Kindeswohlgefährdung dar, wenn der Vormund als Inhaber der Personensorge für einen minderjährigen Verheirateten ohne sachlichen Grund die häusliche Gemeinschaft der Eheleute vereitelt. Diese habe das Familiengericht gemäß § 1666 Abs. 1 BGB durch geeignete Maßnahmen abzuwenden; siehe BGH FamRZ 2019, 181, 183 f., Rn. 35, 50 f. Kritisch zur (kollisionsrechtlichen) Anwendbarkeit des § 1353 Abs. 1 Satz 2 BGB bei einer aufhebbaren Frühehe sowie zur Einordnung als Kindeswohlgefährdung Dutta, FamRZ 2019, 188 (190).

²¹ OLG Bamberg FamRZ 2016, 1270, 1272 f.

²² OLG Bamberg FamRZ 2016, 1270, 1273; kritisch hierzu Coester, StAZ 2016, 257 (261 f.); der Bundesgerichtshof hielt einen *ordre public*-Verstoß nach Art. 6 EGBGB nicht für gegeben, BGH FamRZ 2019, 181, 183 f., Rn. 41 ff.

²³ BGBl. I S. 2429. Die Gesetzesbegründung nimmt ausdrücklich Bezug auf die Entscheidung des OLG Bamberg, BT-Drucks. 18/12086, S. 14 und 16.

Sachverzeichnis

- allseitige Kollisionsnorm 47, 68, 336
alternative Anknüpfung 27 f., 34, 54, 57,
135, 143 ff., 285, 291, 293, 326, 335,
341, 353, 358, 361 f., 371
Anerkennung 44 f., 55 ff., 82 ff., 134,
137, 150 ff., 287, 302 ff., 344 f., 370
Aufhebbarkeit einer Ehe 63, 179, 181,
235, 243
Ausweichklausel 50, 271 f.
autonomistisches Verständnis des Inter-
nationalen Privatrechts 48 f.
- Bartin, Étienne* 49
belgisches Recht 34, 50, 87, 322 f.
Bestandsschutz 15 f., 88, 235, 244, 256
Bigamie 96, 133
Brüssel IIb-VO 26 f., 240, 345
Bündelung
– horizontale 48, 57, 59 f.
– vertikale 47 f., 57, 59 f., 68, 243, 337
Bündelungsmodell 46 ff., 52, 61 ff.,
218 f.
- Circulaire* zum Eheöffnungsgesetz 324,
327, 336
Codice civile del Regno d'Italia von
1865 259
Coman-Entscheidung 87, 89
common-law-Ehe 94
cupierte Verweisung 166 ff.
- dänisches Recht 34, 251
Diskriminierungsschutz 17 f., 169, 176,
185, 317
Distanzehe 130 f.
distributive Anknüpfung 29 f., 57, 80,
113 ff., 140 ff., 145, 307, 370
domicile 118, 326 f., 338 f.
Doppelehe, Verbot der 343
- downgrade recognition* siehe Herabstu-
fung
Downgrading siehe Herabstufung
Drohung 283, 289 f.
- effektive Staatsangehörigkeit 107 f.,
136 f., 326
effet atténué siehe *ordre public atténué*,
ordine pubblico attenuato
Ehe auf Zeit 94 f., 132 f.
Eheeinverständnis 32, 71, 196, 229 ff.,
248 ff., 255 f., 363
Ehefähigkeit, *siehe auch* Ehemindestalter
25, 90, 164, 252, 277
Ehefähigkeitszeugnis 270, 354
Ehemindestalter 9 ff., 17, 36, 63, 116,
142, 156 f., 164 f., 179, 183, 233 ff.,
250 ff., 259 f., 263, 266, 273, 274 f.,
278, 350
Ehemündigkeit *siehe* Ehemindestalter
Eheschließungsfreiheit 15 f., 21, 184,
243, 317, 341 f., 350 ff., 362
Eheschließungsort 12 f., 27 f., 135,
144 f., 263 f., 268 ff., 273 f., 291 ff.,
369 ff.
Eheschließungsvoraussetzungen
– formelle *siehe* formelle Voraussetzun-
gen der Eheschließung
– positive und negative 23 ff.
– zweiseitige und einseitige 113 ff.,
142, 358
Eheungültigkeitsgründe
– befristete 180 f., 289 f.
– unbefristete 180 f., 282 ff., 289 f.
Eheungültigkeitsklage 3, 287 ff.
Eheungültigkeitsstatut 287 ff., 319, 321
Ehevormund 248
Ehewille, *siehe auch* Eheeinverständnis
24, 36, 97, 266

- Einehe, Gebot der 116, 142, 275, 277
 eingetragene (Lebens-)Partnerschaft,
siehe auch unione civile 31, 99,
 300 ff., 314, 334, 338
 Eingriffsnorm 3, 42 ff., 52 f., 61 ff.
 einseitige Kollisionsnorm 40 f., 52, 72
 Element-Kollisionsnorm 46 ff., 68 f.
 Entmündigung wegen Geisteskrankheit
 32, 259, 261, 272
 Entscheidungseinklang
 – äußerer/internationaler 16 f., 36,
 145 f., 187, 208 ff., 226, 245, 351
 – innerer/interner 16 f., 207, 226, 346
 Exklusivnorm 3, 40 f., 52, 69 f., 72

favor matrimonii 27 f., 114, 135, 144 f.,
 269 f., 298
Forgo-Entscheidung 119
 formelle Voraussetzung der Eheschlie-
 ßung 25, 91, 129
fraude à la loi *siehe* Gesetzesumgehung
 Freiheit der Eheschließung *siehe* Ehe-
 schließungsfreiheit
 Freizügigkeitsrecht 86 f., 185, 236
 Frühehe, *siehe auch* Ehemindestalter 34

 Gattenmord 32, 259, 273, 277
 Geflüchtete 109, 136, 157, 192, 270, 353
 Gemeinwohlbezug 69 f.
 Genfer Flüchtlingskonvention 109
 Gesamtverweisung 144 f., 168, 369,
 371 f.
 Geschäftsfähigkeit 25, 277
 Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen
 10 f., 17, 233
 Gesetzesumgehung 103 f., 280 ff., 293,
 304
 gespaltene Rechtsordnung *siehe* Mehr-
 rechtsstaat
 Gleichberechtigung *siehe* Diskriminie-
 rungsschutz
 gleichgeschlechtliche Ehe 2 f., 8 f., 21,
 31, 33 f., 36, 59 f., 87 ff., 98 ff., 132,
 155 f., 184 f., 185 f., 194 ff., 199 f.,
 208 f., 234, 274, 300 ff., 322 ff.
 Gleichlauf von *forum* und *ius* 275 f.,
 297 f.

 Günstigkeitsprinzip, *siehe auch favor*
matrimonii 145 f.

 Haager Eheschließungsabkommen 1902
 27
 Haager Eheschließungsübereinkommen
 1978 27 f., 144
 Handschuhehe 130, 248
 Härtefallklausel 72, 235 f., 239 f., 244 f.
 Hauptfrage, *siehe auch* Vorfrage 12 f.,
 158, 205
 Heilung durch Statutenwechsel 111 f.
 Heilungsnorm 242
 Herabstufung 300 ff., 319 f., 363
 hinkende Ehe 16, 21 f., 115, 142, 144,
 187, 208 f., 276, 293, 336, 351

 interlokales Privatrecht 124 f., 138 f.
 internationale Zuständigkeit 268 ff.,
 273 f., 275, 291, 327 f., 333
 internationalistische Schule 48
 Irrtum 231, 289
 islamisches Recht 198, 248, 251 f., 275,
 343

Kahn, Franz 49
Kegel, Gerhard 40, 50
 Kinderehe *siehe* Frühehe
 Kindeswohl 159, 164 f., 243, 256 f.
 Konsensehe 94, 132
 Kumulation 114, 142, 260, 267, 274,
 276, 309

Lautour-Entscheidung 177
 Ledigenstatus 90 f., 116, 142, 343 ff.
lex libri *siehe* Register führender Staat
lex loci celebrationis *siehe* Eheschlie-
 ßungsort, Registrierungsart

 Materialisierung des Kollisions-
 rechts 3 f., 51
 Mehrehe *siehe* Bigamie, Polygamie
 Mehrrechtsstaat 124 f., 138 f.
 Mehrstaater:innen 107 f., 269, 285, 326
 Menschenrechte 88 f., 175 ff., 184 f.,
 200 f., 247, 315 f.
 Minderjährigenehe *siehe* Frühehe
misyar-Ehe 95

- mut'a*-Ehe *siehe* Ehe auf Zeit
- Neutralität des Kollisionsrechts 3 f.,
51 f., 114, 225
- New Yorker Staatenlosenübereinkommen 109
- nichtbinäre Geschlechtsidentität 331,
334
- Nichtehe 179 f., 234, 243, 256, 306
- niederländisches Recht 98 f., 251, 313
- norwegisches Recht 34
- nullité absolue* 180, 231, 242, 250
- nullité relative* 180, 231, 242
- Oliari*-Entscheidung 316
- ordre public atténué, ordine pubblico attenuato* 193 f., 196, 197
- ordre public de proximité* 194 ff., 339
- ordre public international, ordine pubblico internazionale* 153, 173, 198
- ordre public interne, ordine pubblico interno* 153, 172, 173 f., 198
- ordre public plein* 196
- Orlandi*-Entscheidung 88 f.
- österreichisches Recht 33, 49 f.
- Polygamie 34, 96, 133, 157 f., 161,
162 ff., 166, 183, 200, 207, 209,
272 f., 275, 277
- postmortale Eheschließung 96 f., 132 f.
- Prinzip der engsten Verbindung 49 ff.,
225, 271
- Putativehe 112
- Qualifikation 62 f., 91 ff., 131 ff., 333 f.
- Reformüberlegungen 369 ff.
- Register führender Staat 332 f., 334
- règle matérielle* 3, 41 f., 53 ff.
- relative Gerechtigkeit 50 f., 145, 167,
221 f., 245, 255, 279, 320
- Religionsfreiheit 18
- Religionsverschiedenheit, Ehehindernis
der 115 f., 270, 350
- renvoi* *siehe* Rück- und Weiterverweisungen
- Requalifizierung 56 f., 101, 302 ff.,
310 ff., 320
- résidence* 326 ff., 335 f., 338
- Rivière*-Entscheidung 193
- Rom III-VO 26, 165
- Rück- und Weiterverweisungen 119 ff.,
138
- Scheidung 25, 39, 193, 270, 288, 343 f.,
346 ff., 349 ff.
- Scheinehe 20, 71, 229 ff., 242 f., 249 f.,
255 f., 266, 274 f., 282 f., 286, 289
- Schutzklausel 39
- Schwägerschaft, Ehehindernis der 36,
261 f., 273, 277
- schwedisches Recht 34, 251
- Sonderanknüpfung 44
- Spanier-Beschluss, Spanierentscheidung 32, 170, 189, 202, 344, 350
- spezieller Vorbehalt des *ordre public* 3,
38 ff., 55, 62 ff., 67, 69 ff., 72 f.
- Staatenlose 109, 136, 353
- Staatsverträge 27 f., 39
- Stellvertretung im Willen 248
- subsidiäre Anknüpfung 33, 307 f., 310,
317
- Täuschung 289 f.
- Traubewilligung 270
- Übergangsrecht 242, 246 f., 287 f.,
323 ff., 364
- Umgehungsabsicht 285 f., 293, 299, 319,
362, 365
- UmgehungsVorbehalt 32 f., 39 f.
- UN-Übereinkommen über die Erklärung
des Ehewillens, das Heiratsmindestalter
und die Registrierung von Eheschließungen 14 f., 247 f., 252 f.
- unione civile* 2 f., 31, 88 f., 100 f.,
300 ff., 314
- Unionsrecht 26 f., 42, 86 ff., 108, 175 f.,
344 f.
- universale Prinzipien 173, 177 f., 185 ff.
- urfi*-Ehe 95
- Urteilsfähigkeit, *siehe auch* Ehefähigkeit
17, 266, 282, 289
- Verfassungsmäßigkeit 11, 167, 169,
233 f., 337
- Verstoßungsscheidung 198, 346

- Vertrauensschutz 16 f., 140 f., 144, 244,
255, 287, 293, 298
- Verwandtschaft, Ehehindernis der 32,
36, 116, 259, 261 f., 272 f., 277, 282,
289, 308 f., 250
- Völkerrecht 14 ff., 21, 27 f., 175 ff.,
252 f.
- von Savigny, Friedrich Carl* 50 f.
- Vorfrage 12 f., 16, 25 f., 80 ff., 127 f.,
158, 205 ff., 349 ff.
- Wartefrist 32, 259, 262, 273, 277, 278,
309
- Wertneutralität *siehe* Neutralität des Kol-
lisionsrechts
- Willensmängel, *siehe auch* Drohung, Irr-
tum, Täuschung, Zwangsehe 289 f.
- zeitliche Anwendbarkeit 229, 234, 242,
324 ff.
- Zivilehe 129 f., 243
- Zwangsehe 17, 71, 229 ff., 242 f., 248 f.,
255, 265, 283, 287 ff.